

Françafrique im Zwielficht

Die französische Afrika-Politik

Ortwin Ziemer und Thérèse Prosche*

» In Nizza fand Ende Mai 2010 der 25. Frankreich-Afrika-Gipfel statt. Vor dem Hintergrund des 50. Jahrestages der Unabhängigkeit namentlich Marokkos und Tunesiens und damit des Beginns der französischen Entkolonisierung wurde er mit Spannung erwartet und mit besonderer Aufmerksamkeit beobachtet und analysiert.

Peu de changements

Le sommet France-Afrique de mai 2010 à Nice, avec la participation de 52 des 54 états africains, n'a guère fait évoluer la politique française sur le continent noir, cette *Françafrique* que l'Élysée semblait vouloir relativiser.

Une charte des relations économiques, formulée essentiellement par les grandes entreprises françaises établies en Afrique, a été signée et la présence du Rwanda a été considérée comme un succès diplomatique du Quai d'Orsay, alors que le président rwandais, Paul Kagame, n'avait cessé, ces dernières années de critiquer la « *façade hypocrite et néocoloniale* » des sommets France-Afrique. L'honneur fait aux armées de 14 anciennes colonies africaines de la France de défiler le 14 juillet sur les Champs-Élysées, initiative à placer dans le contexte du 50^e anniversaire des indépendances, a néanmoins suscité quelques critiques de la part de ceux qui dénoncent le non-respect des droits de l'homme (et tout particulièrement de l'opposition) dans certains de ces pays africains. D'aucuns auraient préféré voir la France soutenir la revendication des pays africains de voir leur continent disposer d'un siège permanent au Conseil de sécurité des Nations-Unies.

Réd.

Eine weitere Neuorientierung und -definition der Pariser Haltung gegenüber seinem ehemaligen Hinterhof stand zu erwarten. Dabei waren die Richtungsvorgaben des Hausherrn des *Élysée* insbesondere mit einzubeziehen, denn in kaum einem anderen Teil der Außenpolitik kommt der Zuständigkeitsbereich (*domaine réservé*) des französischen Staatschefs traditionell derart zum Tragen wie in der Afrikapolitik.

Sollte diesmal mit einem glaubhaften Anfang vom Ende der *Françafrique* zu rechnen sein? Oder einmal mehr eben nicht? Würde der neue gleichberechtigte Platz, den Sarkozy dem Schwarzen Kontinent in der weltweiten *governance* jetzt einräumen wollte, diesmal mehr als nur ein Lippenbekenntnis sein? Wohl kaum. Bereits eine erste Momentaufnahme schon der Gipfelvorbereitungen und von deren Begleitumständen, aber erst recht der formelle Ablauf des Treffens sowie die getroffenen oder eben nicht getroffenen richtungweisenden Entscheidungen bestätigen dies klar. Kaum mehr als alter Wein in neuen Schläuchen.

Aufschlussreich war hier bereits die Liste der Gäste, die an der Côte d'Azur erwartet wurden. Ganz offensichtlich setzte Sarkozy auf eine Geste der Öffnung. Selten herrschte bei einem solchen Gipfel ein derartiger Andrang. Nicht nur die traditionellen Vertreter des frankophonen Afrika waren angereist, sondern auch die Repräsentanten anderer Regionen, die von anderen ehemaligen

*Ortwin Ziemer lebt als Korrespondent und Lehrer von französischen Europa- und Abi-Klassen auf Réunion; Thérèse Prosche, ist, nach einem Studium der Politikwissenschaft und der Internationalen Beziehungen, Englischlehrerin auf Réunion.

Kolonialmächten noch immer in gewissem Sinne als deren Einflusszonen betrachtet werden, auch wenn dies namentlich im anglo- und lusophonen Teil Afrikas etwas weniger der Fall sein dürfte als in der sogenannten *Françafrique*. Immerhin waren 52 der 54 afrikanischen Staaten in Nizza vertreten, und die meisten von ihnen auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs, oder aber zumindest der Außenminister. Es gab lediglich zwei, allerdings wesentliche, Ausnahmen: Mit dem von der EU zur *persona non grata* erklärten Noch-Potentaten auf Zeit Robert Mugabe aus Zimbabwe wollte sich Sarkozy, obgleich die Teilung der Macht mit dem Ex-Oppositionsführer Morgan Tswangirai zumindest institutionell mehr oder minder zu funktionieren schien, ebenso wenig an einen Tisch setzen wie mit dem madagassischen Putschisten Andry Rajoelina, dem ebenso wie dem von ihm gestürzten Amtsvorgänger Marc Ravalomanana jegliche wahre demokratische Legitimation fehlt. Gleichzeitig war dies für Paris sicherlich eine Option, einer heißen Kartoffel aus dem Weg zu gehen. Frankreich hat in den letzten Monaten hinsichtlich der in Madagaskar nach wie vor bis heute offen schwelenden Staatskrise nicht eben durch eine effiziente Vermittlerrolle geblüht. Dies wäre auch im Mai 2010 durch eine Einladung der Großen Insel zum Afrikagipfel ebenso unangenehm in Erinnerung gerufen worden wie die nicht eben für seriöse Außenpolitik sprechende Unterstützung Frankreichs der chronischen politischen Instabilität in dem bitterarmen, einst ebenfalls von Frankreich kolonisierten, aber rohstoffreichen Land vor der Ostküste Afrikas. Dieses kaum verhohlene *divide et impera* sollte wohl nicht noch einmal mehr ausgerechnet anlässlich einer der Zukunft des Kontinents gewidmeten Konferenz zur Schau gestellt werden, bei der Frankreich mehr denn je die Rolle des ehrlichen Maklers spielen und das für es selbst wenig vorteilhafte Bild der *Françafrique* endgültig vergessen machen wollte. Ob das aber gelingen kann, indem man die Probleme einfach übergeht?

Problemfall Ruanda

Ob Frankreich den Gipfel von Nizza hat nutzen können, um sich einen anderen unangenehmen

afrikapolitischen Dorn, der seine Beziehungen zur strategisch und rohstoffpolitisch wichtigen Region der Großen Seen seit mehr als anderthalb Jahrzehnten vergiftete, endgültig aus dem Fuß zu ziehen, bleibt abzuwarten. Zwar wurde Ruanda offiziell zu der Konferenz eingeladen und hat, was vor allem von Betracht ist, diese Einladung auch tatsächlich angenommen. Das allein schien schon einem wichtigen Prestigeerfolg für den *Quai d'Orsay* gleichzukommen. Doch damit ist noch längst nicht besiegelt, dass Frankreich seine in jüngerer Vergangenheit phasenweise nahezu peinlich schlechten Beziehungen zu Kigali wirklich hätte normalisieren können. Denn das ruandische Zugeständnis kam nicht etwa aus Überzeugung zustande, sondern nur gegen Auslieferung zweier in dem westafrikanischen Land der Beihilfe zum Völkermord Angeklagter, die zuvor in Frankreich jahrelang unbehelligt Zuflucht gefunden hatten, und nicht zuletzt aufgrund einer, wenngleich von Pariser Seite als neuen developmentpolitischen Schritt dargestellten, verstärkten klassischen Scheckbuchdiplomatie. Die vorangegangenen Frankreich-Afrika-Gipfel hatte der ruandische Präsident Paul Kagamé serienweise als „*neokoloniale, heuchlerische Fassade*“ bezeichnet. Inwieweit er damit richtig lag oder vielmehr übertrieben hatte, fällt hier gar nicht einmal so sehr ins Gewicht. Vielmehr war zu beachten, dass das politische Tagesgeschäft zwischen Frankreich und einem großen Teil Afrikas nach wie vor (sei es nun in geo-, wirtschafts- oder auch in kulturpolitischer Hinsicht) zum großen Teil auf Tauschgeschäften beruht, um nicht zu sagen, nicht selten auf recht banal anmutendem Kuhhandel. So war Kagamé sichtlich nicht bereit, Frankreichs schlimmstenfalls Beteiligung, bestenfalls stillschweigendes Zusehen beim Völkermord an den Tutsi auf Seiten des 1994 gestürzten Hutu-Regimes einfach zu vergessen. Er wollte es sich bezahlen lassen. Und Sarkozy war bereit dazu, allen das Gegenteil betuernden Äußerungen zum Trotz. Sieht so eine wirklich neue französisch-afrikanische *governance* aus? Da zudem zwei weitere wichtige Nachbarländer Ruandas, Kongo-Kinshasa und Burundi, nicht auf hochrangiger Ebene vertreten waren, war es Gastgeber Sarkozy auch nicht vergönnt, mit einer Art konzertierten Aktion zur Zukunft

dieser Region Afrikas aufwarten zu können. Zumindest der dafür vorgesehene eleusische Kamin blieb also kalt.

Geglückte Emanzipierung?

Totgesagte leben aber bekanntlich länger, wenn gleich die französischen Medien den Begriff *Françafrique* in letzter Zeit deutlich weniger mit Pinzetten anfassten als noch vor einigen Jahren. Unter anderem hat dabei der Tod des politisch mehr als langlebigen gabunischen Autokraten Omar Bongo Mitte 2009 nachgeholfen, der während seiner mehr als vier Jahrzehnte währenden Amtszeit in einer Art offenem Geheimnis fast das gesamte politische Parteienspektrum Frankreichs mehr als großzügig mit Petrodollars gesponsert hatte. Als er von der politischen Bühne verschwand, war erst zwischen, dann durchaus ganz offen in den Zeilen der französischen Presse zu lesen, nun müsse aber wirklich ein Richtungswechsel her und Schluss sein mit dieser Art von Post- bzw. Neokolonialismus. Der mediale Sprachgebrauch begann sich erstaunlich rasch zu wandeln und zu emanzipieren, und Sarkozy sprang laut seiner Kritiker auf den fahrenden Zug auf und hatte vielmehr nach seinen Befürwortern diese Kursänderung selbst initiiert. Die Debatte, welche der beiden Beobachtungen nun richtig sei, bekam im Kontext der Diskussion um den 50. Jahrestag des De-facto-Endes des französischen Kolonialreiches jenseits des Mittelmeeres neue Nahrung und blieb dabei naturgemäß auf den Präsidenten fokussiert, und zugleich auf seine engsten Vertrauten der *Françafrique*, die dabei im innersten Kreis bezeichnenderweise noch aus der Ära Chirac stammten. Dass Nicolas Sarkozy als Vorsitzenden des Festkomitees zur Vorbereitung der Gedenkfeierlichkeiten zur afrikanischen Unabhängigkeit und Emanzipation im Rahmen des Maigipfels von Nizza ausgerechnet Jacques Toubon, den früheren Justizminister Chiracs, einsetzte, der in jüngerer Vergangenheit unter anderem als französischer Wahlbeobachter in Kongo-Brazzaville – um es gelinde auszudrücken – nicht eben durch Objektivität aufgefallen war, stimmte in diesem Zusammenhang besonders nachdenklich und ließ manche Sonntagsreden, aber auch Leit-

artikel, vom Ende des offiziell so verschrienen Systems verdächtig schal und hohl klingen.

Als denn schließlich bei der traditionellen Militärparade am 14. Juli auf den Champs Élysées Truppen aus just eben jenen 14 ehemaligen Pariser Kolonien mitmarschierten, die 1960 in die offizielle Unabhängigkeit entlassen worden waren, schien dies Sarkozys plakativ zur Schau gestellten Willen zur Emanzipierung dieser Länder zu untermauern. Da wollten die mitunter recht schrillen Proteste einiger Menschenrechtsgruppen und NGOs nicht so recht ins harmonische Bild passen, die da anprangerten, Teile dieser Truppen hätten infolge der Unterdrückung der Opposition im eigenen Lande Blut an den Händen. Sichtlich genervt erklärte Verteidigungsminister Hervé Morin: „*Was ist das für ein Land, in dem ständig neue Polemiken, neue Auseinandersetzungen in die Welt gesetzt werden, in dem Unschuldsvormutungen einfach beiseite geschoben werden. Diese Truppen müssen als unschuldig gelten, solange sie kein Gericht verurteilt hat.*“ Lässt sich auf formaljuristischer Ebene wohl nichts dagegen einwenden, ließ diese Einladung gegenüber der demokratischen Opposition in vielen Teilen des einstigen Kolonialreiches doch einiges an afrikapolitischem Fingerspitzengefühl vermissen. Dass kritische Stimmen einfach weggewischt wurden – nicht zuletzt aus Kreisen afrikanischer Intellektueller, die zudem die Praxis anprangerten, mit dem Gipfel in Nizza und der afrikanischen Beteiligung an der Pariser Militärparade feierten die ehemaligen Kolonialherren in erster Linie sich selbst, aber ganz gewiss nicht eine aufrichtige Gleichberechtigung mit einer wirklich respektierten Zivilgesellschaft im einstigen Hinterhof oder gar einen glaubhaften Abschied von der Vetternwirtschaft der *Françafrique* – passt hier leider ebenfalls ins Bild.

In geopolitischer Hinsicht hätte Frankreich die vor allem angloafrikanischen Forderungen nach einem festen Sitz Afrikas im Weltsicherheitsrat eigentlich konsequent unterstützen müssen, wollte es den schönen Worten von einer wirklichen Partnerschaft im Rahmen der Globalisierung wirklich Taten folgen lassen. Doch auch hier finden sich im Schlußkommuniqué von Nizza vage, wenig verbindliche Formulierungen, in die viel und nichts hineininterpretiert werden kann und die nieman-

den festlegen. Bezeichnend, dass hier die durch weniger feste Bindungen an die Kolonialmacht von gestern belasteten Afrikaner viel forscher auftraten und angesichts der Pariser Vogel-Strauss-Haltung auch deutlich ungehaltener reagierten.

Gegengipfel in Aubervilliers

Der zwei Tage vor der Veranstaltung in Nizza von nichtstaatlichen Organisationen und dem meist linksorientierten Spektrum der afrikanisch-französischen Zivilgesellschaft in Aubervilliers abgehaltene Gegengipfel

machte sich jedenfalls über die Ergebnisse der Großveranstaltung am Mittelmeer, namentlich über die in Nizza dann auch tatsächlich veröffentlichte neue Charta der französisch-afrikanischen Wirtschaftsbeziehungen – bezeichnenderweise von den wichtigsten in Afrika agierenden französischen Großunternehmen selbst verfasst – keine Illusionen ... Auf dem Blog des Gegengipfels hieß es wörtlich: „Dieser Gipfel wird für Frankreich lediglich eine neue Gelegenheit sein, seine namentlich ökonomischen Interessen auf

dem Kontinent zu wahren und Staatschefs scheinbar zu legitimieren, die von ihrer eigenen Bevölkerung abgelehnt werden. In keinem Fall aber wird der offizielle Gipfel die wirklich entscheidenden Probleme angehen: Einsatz für Demokratie und Menschenrechte, Kampf gegen Korruption und die Plünderung der natürlichen Ressourcen.“ Doch selbst wenn man im Kern sicherlich die Berechtigung dieser Anschuldigungen anerkennen muss, sollte man jedoch auch der Wahrheit die Ehre geben und einräumen, dass gewisse Fortschritte doch zu verzeichnen sind. So gehen zumindest in gewissen

afrikanischen Ländern wie z. B. Kongo-Brazzaville die von ausländischen Investoren gegen Aufträge gezahlten direkten Schmiergeldzahlungen an hochrangige Politiker und Funktionäre zurück und die Verwendung der Petrodollars im Staatshaushalt zugunsten von Infrastrukturmaßnahmen wird erstmals zumindest teilweise offengelegt, nicht zuletzt allerdings auf Druck der einheimischen öffentlichen Meinung.

Einen letzten Blick auf die jüngste Entwicklung der französischen Afrikapolitik erlaubt die Entführung von fünf Angestellten des französi-

schen Areva-Atom-Konzerns – neben zwei afrikanischen Geiseln – in der malischen Wüste durch die Terrororganisation Al Kaida im Islamischen Maghreb (französische Abkürzung *Aqmi*) Ende September 2010. Was noch vor kurzem gemäß dem politischen Mainstream noch unmöglich gewesen war, ist nun plötzlich fast afrika- und außenpolitische Selbstverständlichkeit geworden. Ganz offiziell erklärt sich Frankreich zu Verhandlungen mit den Kidnappern bereit, fordert diese geradezu zu Gesprächen heraus und

aktiviert selbstverständlich sämtliche vor Ort verfügbare Seilschaften der *Françafrrique* in den abgelegenen Wüstengebieten zwischen Algerien, Mali und Mauretanien. Was die französische Armee nicht daran hindert, mit allen verfügbaren Mitteln, namentlich aus der Luft, nach den Entführten zu fahnden. Keine Spur mehr von der Sorge, somit für islamistische Terroristen erpressbar zu werden und *Aqmi* bewusst aufzuwerten. Viel hat sich wahrhaft in der *Françafrrique* in kurzer Zeit geändert, und doch so wenig wirklich gewandelt. Frankreichs Afrikapolitik bleibt im Zwielficht ...

